

# AMNESTY

DAS MAGAZIN ÜBER MENSCHEN  
UND IHRE RECHTE

AUSGABE — 3 / 2017

## JETZT ERST RECHT

### MIT LANGEM ATEM

Der Kampf gegen Unrecht vor Gericht ist langwierig – aber lohnend

### VON ABSURD BIS FATAL

Drei Gesetze, die bei uns in Europa grundlegende Rechte bedrohen

### NI GIBT NICHT AUF

Warum die Anwältin Ni Yulan jetzt unsere Unterstützung braucht

[www.amnesty.at](http://www.amnesty.at)

AMNESTY  
INTERNATIONAL



“**Wir können in dieser Welt nicht überleben, wenn wir unsere Rechte nicht verteidigen.**“

Ni Yulan, Anwältin und Wohnrechtsaktivistin

Coverbild:  
Jetzt erst recht!  
© Gabriel Holzner



[www.facebook.com/AmnestyOesterreich](https://www.facebook.com/AmnestyOesterreich)



[www.twitter.com/AmnestyAustria](https://www.twitter.com/AmnestyAustria)



[www.instagram.com/AmnestyAustria](https://www.instagram.com/AmnestyAustria)



[www.amnesty.at](http://www.amnesty.at)



[www.amnesty.at/jetzt-spenden](https://www.amnesty.at/jetzt-spenden)

## IMPRESSUM

**Medieninhaber, Verleger, Herausgeber** Amnesty International Österreich  
**Anschrift** 1150 Wien, Moeringgasse 10/1. Stock **Tel.** (01) 78 008 **E-Mail** office@amnesty.at **Chefredaktion** Martina Powell **Art Direction, Grafik TEAM**/www.thisisteam.com **Autor\*innen** Markus Bickel, Ruth Dellinger, Stephanie Geier, Jens-Holger Keßler, Felix Lee, Sophie Matysek, Lena Rohrbach, Annemarie Schlack, Karin Thüringer, Patrick Waldner **Lektorat** Renate Messenböck **Druck** Becker Mail, Wien **Vereinsregister** ZVR 40740 8993 **Offenlegung gem §25 MedienG** siehe [www.amnesty.at/impressum](http://www.amnesty.at/impressum)

## IM BILD

Jeden Dezember nehmen Hunderttausende am größten Menschenrechtsevent der Welt teil. Mehr über den Briefmarathon ab Seite 19.

© Marieke Wijntjes / AI

## INHALT

### 04 KURZMELDUNGEN

Von Österreich bis nach Taiwan: Gute und inspirierende Nachrichten aus der Amnesty-Welt.

### 06 COVERSTORY

Jetzt erst recht: Der juristische Kampf gegen Menschenrechtsverletzungen braucht einen langen Atem.

### 10 DREI LÄNDER – DREI BEISPIELE

Vor welchen menschenrechtlichen Herausforderungen wir in Österreich, Deutschland und der Schweiz stehen.

### 12 PANORAMA

In Myanmar wird die Volksgruppe der Rohingya gewaltsam vertrieben. Die Situation spitzt sich immer weiter zu.

### 14 PORTRÄT

Ni Yulan setzt sich seit Jahrzehnten für die Menschen in Peking ein. Jetzt braucht sie unsere Unterstützung.

### 19 BRIEFMARATHON

Auf einen Blick: Wie funktioniert das größte Menschenrechtsevent der Welt? Und was sind unsere Erfolge?

### 20 TERMINE & ANKÜNDIGUNGEN

Unsere Veranstaltungen im Winter und was wir nächstes Jahr für die Mitgliederversammlung planen.

### 23 JETZT HANDELN

Setz dich für Menschenrechtsverteidiger\*innen in Jamaika und in der Türkei ein.



EDITORIAL — 3 / 2017

## JETZT ERST RECHT – VOR ALLEM IN DIESEN ZEITEN

Nun hat sie wieder begonnen, diese besondere Zeit im Jahr. Die Tage werden kürzer, die Abende besinnlicher und die Menschen gemütlicher. Es ist die Zeit, in der wir zusammenrücken, auch bei Amnesty: Gemeinsam mit den Kolleg\*innen in Deutschland und der Schweiz haben wir diese Ausgabe gestaltet. Eine Gelegenheit für uns alle, über den Tellerrand zu schauen und zu fragen, vor welchen menschenrechtlichen Herausforderungen eigentlich unsere Nachbarn stehen (siehe Seite 10). Das Fazit dieser Rundschau ist eindeutig: Jetzt erst recht! Und das nicht nur in Österreich, wo absurde Gesetze wie das sogenannte Burkaverbot zeigen, dass Menschenrechte nicht nur ein Thema „der anderen“ sind, sondern uns alle etwas angehen. „Jetzt erst recht“ ist auch das Motto vieler Menschen, die sich seit Jahrzehnten weltweit gegen Unrecht juristisch zur Wehr setzen (mehr ab Seite 6 und 14). Der ungebrochene Wille zur Veränderung zeigt sich auch beim Briefmarathon, den Amnesty mittlerweile in 200 Ländern veranstaltet. Er macht uns jedes Jahr aufs Neue bewusst, wie mächtig Worte sind. Ja, es ist wieder diese besondere Zeit im Jahr, in der wir zusammenrücken und eines ganz deutlich merken: Beharrlichkeit zahlt sich aus. Gemeinsam können wir etwas verändern.

Martina Powell,  
Chefredakteurin



## 1 Gute Nachrichten



Die Situation von Dr. Mudawi Ibrahim Adam war sehr ernst: Der sudanesische Professor und Menschenrechtsverteidiger wurde Ende 2016 festgenommen. Die Vorwürfe? Vollkommen haltlos. Er soll unter anderem das Verfassungssystem untergraben und gegen den Staat spioniert haben. Dr. Mudawi wurde im Gefängnis misshandelt; ihm drohte die Todesstrafe. Tausende Aktivist\*innen setzten sich für ihn weltweit ein. Nach fast neun Monaten unrechtmäßiger Haft kam dann die Erleichterung: Dr. Mudawi ist endlich frei!

[amnesty.at/gute-nachrichten-sudan-2](https://www.amnesty.at/gute-nachrichten-sudan-2)



## 2 Zurück in die Gefahr

Afghanistan kommt nicht aus den Schlagzeilen: Allein in der Hauptstadt Kabul gab es dieses Jahr zahlreiche Anschläge mit Hunderten Toten. Für Amnesty und viele andere Organisationen ist klar: Das ist kein Land, in das Geflüchtete abgeschoben werden dürfen. Dennoch bringen Staaten wie Österreich mit ihrer Abschiebep Praxis Tausende Afghan\*innen in Gefahr, zeigt der aktuelle Amnesty-Bericht. Wer die komplexe Lage in Afghanistan besser verstehen will, sollte ihn lesen.

[amnesty.at/zurueck-in-die-gefahr](https://www.amnesty.at/zurueck-in-die-gefahr)

## 4 Taiwan sagt JA



Der Jubel war groß: Taiwans oberster Gerichtshof sagte „Ja“ zu gleichgeschlechtlichen Ehen. Die kleine Insel im Westpazifik könnte der erste asiatische Staat sein, der die „Ehe für alle“ einführt. Nun ist das Parlament aufgefordert, die Regelung innerhalb von zwei Jahren umzusetzen. Für LGBTI-Aktivist\*innen auf Taiwan gibt es trotzdem noch viel zu tun, denn Homosexualität ist dort nach wie vor mit einem Stigma behaftet.

[amnesty.at/12-erfolgsgeschichten](https://www.amnesty.at/12-erfolgsgeschichten)

## 3 Spenden statt schenken



Haben wir nicht alle schon mal etwas Unnötiges zu Weihnachten bekommen – Staubfänger, Konfekt, das nicht schmeckt, oder die gleichen DVDs wie letztes Jahr? Das muss nicht sein: Ab sofort kannst du deine eigene Spende anlegen und Freund\*innen und Familie einladen, für Amnesty zu spenden statt zu schenken. Das, finden wir, ist nicht nur sinnvoller, sondern macht auch viel mehr Freude.

[amnesty.at/gemeinsam-feiern](https://www.amnesty.at/gemeinsam-feiern)

## 5 Happy Birthday!

Wer Menschenrechte einfordern will, muss sie auch kennen. Deshalb ist die Bildungseinrichtung „Amnesty Academy“ ein wichtiges Standbein für die Menschenrechtsarbeit. In Österreich feiert sie ihren **15. Geburtstag**: Seit Dezember 2003 haben mehr als 6.000 Personen an den Angeboten der Academy teilgenommen; über 300 Veranstaltungen fanden statt. Gratulation!

[academy.amnesty.at](https://www.academy.amnesty.at)

\*6.000 – so viele Teilnehmer\*innen haben in den letzten 15 Jahren Angebote der Academy in Anspruch genommen. Zum Vergleich: Eine Gemeinde in Niederösterreich hat im Durchschnitt etwa 2.900 Einwohner\*innen.



# GERECHTIGKEIT VERJÄHRT NICHT

**In vielen Fällen lassen sich Menschenrechte nur vor Gericht durchsetzen. Doch der juristische Kampf gegen Folterer, Kriegsverbrecher\*innen und transnationale Konzerne braucht einen langen Atem.**

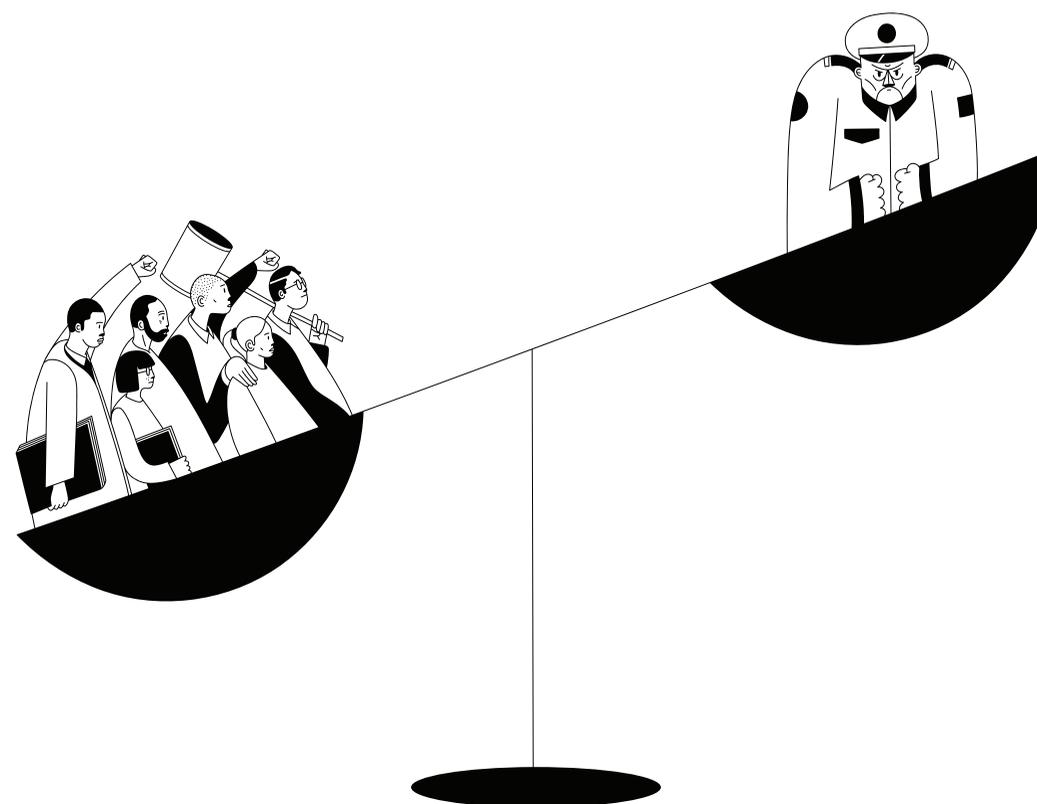
Veralten wird der Slogan wohl nie. ¡No a la impunidad!, Nein zur Straflosigkeit!, fordern die Mütter des Plaza de Mayo in Buenos Aires noch heute, damit die Verantwortlichen für das Verschwindenlassen ihrer Kinder endlich zur Rechenschaft gezogen werden. Und das, obwohl inzwischen vierzig Jahre vergangen sind, seitdem die Madres im April 1977 das erste Mal mit ihren weißen Kopftüchern im Zentrum der argentinischen Hauptstadt gegen den schmutzigen Krieg der Militärjunta protestierten. Zehntausende fielen diesem zwischen 1976 und 1983 zum Opfer.

Der lange Kampf der argentinischen Mütter hat weltweit Zeichen gesetzt. Dass 2010 die UN-Konvention gegen Verschwindenlassen in Kraft trat, ist nicht zuletzt ihrem Einsatz zu verdanken. Bereits fünf Jahre zuvor hatten die obersten Richter in Buenos Aires das sogenannte Schlussstrichgesetz für verfassungswidrig erklärt, weil es Generäle bzw. Generalinnen und Anführer\*innen von Todesschwadronen auch zwei Jahrzehnte nach Ende der Diktatur vor strafrechtlicher Verfolgung schützte. Hunderte Prozesse sind seitdem ins Rollen gekommen; etliche Begnadigungen, die aufgrund des Amnestiegesetzes und diverser Gnadenerlasse erfolgt waren, wurden aufgehoben.

Doch der lange Marsch durch die Instanzen hatte seinen Preis. Die erste Anführerin der Madres, Azucena Villaflor de Vicenti, verschwand noch im ersten Protestjahr. Am 10. Dezember 1977, dem Tag der Menschenrechte, führten Soldaten sie aus ihrer Wohnung ab und entledigten sich ihrer später vermutlich auf einem der berüchtigten Todesflüge über dem

**“Was für Lateinamerika gilt, gilt auch auf anderen Kontinenten: Verantwortliche unternehmen alles, um nicht vor Gericht zu landen.**

Nicht nur in Diktaturen braucht es Widerstand gegen repressive Praktiken oder menschenverachtende Regelungen. Auch in Demokratien entstehen Gesetze, die die Menschenrechte einschränken.



Meer, bei denen Dissident\*innen und Oppositionelle aus Militärmaschinen gestoßen wurden. Erst 2005 konnte die Leiche de Vicentis identifiziert werden. Bloß keine Spuren hinterlassen, lautete die Devise der Machthaber\*innen um den ersten Junta-Chef General Jorge Rafael Videla.

## **HARTNÄCKIGKEIT ZAHLT SICH AUS**

Was für Lateinamerika gilt, gilt auch auf anderen Kontinenten: Repräsentant\*innen repressiver Regime, lokaler Milizen und für Menschenrechtsverletzungen verantwortlicher Konzerne unternehmen alles, um nicht vor Gericht zu landen. Zeug\*innen und Anwalt\*innen werden umgebracht, Angehörige von Kläger\*innen verleumdet und kritische Journalist\*innen diskreditiert, um ihre Glaubwürdigkeit während des Verfahrens zu untergraben. Denn kaum etwas schadet der Reputation von Regierungen und dem Profitstreben trans-

nationaler Unternehmen mehr als eine Verurteilung – sei es wegen Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit, sei es wegen mangelnder Sorgfaltspflicht in Fabriken.

Doch die Spielräume skrupelloser Strippenzieher\*innen werden enger, rechtlich wie politisch. Seitdem der chilenische Diktator Augusto Pinochet 1998 in London verhaftet wurde, ist klar, dass die Kooperation von Anwalt\*innen und Angehörigen der Opfer mit internationalen Polizeibehörden juristisch nicht folgenlos bleiben muss – und Rechenschaftspflicht Straflosigkeit als ▶

## “Die Spielräume für Strippenzieher\*innen und Schreibtischtäter\*innen werden enger.

herrschendes Prinzip zumindest auf lange Sicht untergraben könnte. Gerade weil die Mühlen der Justiz so sprichwörtlich langsam mahlen, braucht es dafür einen langen Atem. Hartnäckigkeit hilft darüber hinaus, Schreibtischtäter\*innen und anderen Schurk\*innen schon lange vor einem Prozess schlaflose Nächte zu bereiten.

Auch deshalb ist das erste von der internationalen Gemeinschaft geschaffene Sondergericht eine Erfolgsgeschichte. 1993 hatte der UN-Sicherheitsrat das Haager Kriegsverbrechertribunal zur Verfolgung der in den jugoslawischen Sezessionskriegen begangenen Straftaten ins Leben gerufen. Von den 161 in Den Haag Angeklagten wurden bis heute mehr als die Hälfte verurteilt – als letzter prominenter Täter im November Ratko Mladic, die rechte Hand Radovan Karadzics, der bereits 2016 zu vierzig Jahren Haft verurteilt worden war. Angeklagt waren beide unter anderem wegen des Mordes an mehr als 8.000 muslimischen Männern und Burschen in Srebrenica 1995, dem schlimmsten Massaker in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg.

Der erste Chefankläger des Haager Tribunals, Richard Goldstone, hatte die Klage gegen den bosnisch-serbischen General nur Wochen nach dem Völkermord eingereicht. Später machte seine Nachfolgerin Carla Del Ponte im Prozess gegen Milosevic Schlagzeilen – und bei ihrer Rücktrittserklärung aus der UN-

Ermittlerkommission für Syrien. Sie könne nicht weiter „nur als Alibi-Ermittlerin“ einem Gremium angehören, das „einfach nichts tut“, sagte die Schweizer Juristin im September.

### AUFARBEITUNG VIELER VERBRECHEN

Bereits kurz nach Beginn des Aufstands in Syrien 2011 hatten Del Ponte und ihre Mitstreiter\*innen begonnen, Zeug\*innen zu vernehmen, um Beweise für Kriegsverbrechen zu sammeln. Andere Organisationen trugen von Oppositionellen beschlagnahmte Polizei- und Geheimdienstpapiere zusammen, die eine Befehlskette bis hoch zu Assad zweifelsfrei belegen. Aber nicht nur für Massaker des Regimes, sondern auch für solche der Terrorgruppe Islamischer Staat und zahlreicher anderer Milizen ist die Beweislast überwältigend.



Die Volksinitiative „Schweizer Recht statt fremde Richter“ plant einen frontalen Angriff auf das Schweizer Rechtssystem (siehe Seite 11).

Das sogenannte Burkaverbot in Österreich ist ein Beispiel dafür, wie per Gesetz ein Menschenrecht ausgehebelt wird (mehr ab Seite 10).



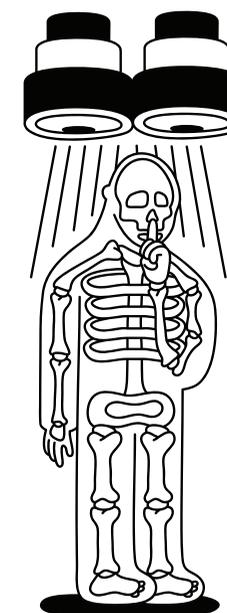
Fast eine halbe Million Menschen sind in Syrien in den vergangenen sechs Jahren getötet worden – mehr als neunzig Prozent dem Syrian Network for Human Rights (SNHR) zufolge von Armee-, Polizei- und Geheimdienstangehörigen. Doch der Massenmord an Zivilist\*innen ist bei weitem nicht das einzige Verbrechen, das juristischer Aufarbeitung bedarf: Allein 2017 hat das Regime an mehr als einem Dutzend Orten Giftgas eingesetzt, wie die Vereinten Nationen in einem Bericht im September feststellten; die Opfer durch Fassbomben gehen in die Tausende. Im Februar forderte Amnesty International zudem, die staatlichen Verantwortlichen für Folter und Hinrichtungen im Hochsicherheitsgefängnis Sadnaya zur Rechenschaft zu ziehen.

Weil die UN-Vetomächte Russland und China eine Überstellung dieser Fälle an den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag blockieren, lässt sich die Straflosigkeit in Syrien derzeit nur mittels des sogenannten Weltrechtsprinzips bekämpfen. Das macht es nationalen Staatsanwaltschaften möglich, auch bei im Ausland begangenen Verstößen gegen das Völkerstrafrecht aktiv zu werden. In Deutschland sind auf dieser Grundlage bereits Ermittlungen im Gange: Der Generalbundesanwalt in Karlsruhe prüft derzeit eine Anklage gegen sechs Generäle sowie weitere Funktionäre des Militärgeheimdienstes Assads.

Die Hoffnung, dass führende Vertreter\*innen des syrischen Repressionsapparats nicht ungestraft davonkommen, belebt noch ein anderer Fall. So gab die Schweizer Bundesanwaltschaft in Bern im September bekannt, dass sie gegen einen Onkel des Diktators in Damaskus ermittelt: Rifaat al-Assad soll an der Ermordung Hunderter Zivilist\*innen in Hama beteiligt gewesen sein. Nicht während des Kriegs, sondern bereits 1982, als das Regime von Baschars Vater Hafez al-Assad Proteste der Muslimbruderschaft in der nord-syrischen Stadt brutal niederschlagen ließ.

35 Jahre sind seitdem vergangen, viele Überlebende des Massakers sind tot. Ein Vierteljahrhundert betrug auch die Zeitspanne zwischen dem Putsch Pinochets 1973 und seiner Festnahme 1998 in London. Und obwohl ihm bis zu seinem Tod 2006 nicht der Prozess gemacht wurde, hat sich die Geduld gelohnt.

Text von Markus Bickel, Illustrationen von Gabriel Holzner



In Deutschland zieht Amnesty wegen des Überwachungsgesetzes vor Gericht (siehe Seite 10/11).

## ES BETRIFFT EH NUR DIE ANDEREN – ODER DOCH NICHT?

Hast du schon über die nächste Mottoparty nachgedacht? Vielleicht möchtest du als Einhorn verkleidet dorthin spazieren? Tja, Pech gehabt: Seit Oktober 2017 gibt es in Österreich staatliche Bekleidungs Vorschriften. Kleidungsstücke, die das Gesicht verhüllen, musst du ab sofort zu Hause lassen. Ansonsten riskierst du eine Geldstrafe (150 Euro). Der Gesetzgeber versteht leider keinen Spaß. In Österreich gibt es mehr und mehr Versuche, hart erworbene Grundrechte einzuschränken. Was für Unruhe sorgt, wird ausgenutzt, um Ängste zu schüren und populistische Anlassgesetze zu verabschieden – wie das Anti-Gesichtsverhüllungsgesetz, auch bekannt als „Burkaverbot“. Ursprünglich war es dazu gedacht, um eine sehr überschaubare Anzahl an Burkaträgerinnen aus dem öffentlichen Raum zu verbannen. Amnesty International Österreich hat sich von Anfang an klar gegen die Regelung ausgesprochen.

**“Willst du dich verkleiden? Der Gesetzgeber versteht leider keinen Spaß.**

Natürlich muss sich der Staat für Frauen einsetzen, damit sie Kleidungsstücke wie die Burka nicht gegen ihren Willen tragen. Genau diese Frauen zu bestrafen ist jedoch unsinnig.



© Laurent Ziegler

Das Gesetz drängt sie noch mehr in die Isolation. Außerdem verletzt es das Menschenrecht auf Meinungsfreiheit und Privatleben.

Die Reaktionen auf unsere Stellungnahme waren teilweise heftig. „Die da“ – also die anderen – sollen sich gefälligst anpassen. Doch als das Gesetz in Kraft trat, verstummten plötzlich seine Befürworter\*innen: Die gesetzeskonforme Anwendung des „Burkaverbots“ führt dazu, dass nicht nur Burkaträgerinnen Geldstrafen und Anzeigen riskieren, sondern auch Menschen in Einhornkostümen oder frierende Jogger\*innen, die den Schal vor den Mund ziehen.

Das „Burkaverbot“ mag absurde Schlagzeilen produzieren. Doch der Hintergrund ist ernst: Ähnliche Grundlagen, die unser Privatleben (und nicht nur jenes „der anderen“) einschränken, gibt es in zahlreichen anderen Gesetzen wie im Versammlungsrecht oder beim Überwachungspaket. Sie betreffen letztendlich nicht einfach nur „die anderen“, sondern uns alle. Deshalb ist es wichtiger denn je, gemeinsam für unsere Menschenrechte einzustehen.

**Annemarie Schlack**, Geschäftsführerin von Amnesty International Österreich



**“Wer Angst hat, überwacht zu werden, sagt weniger frei seine Meinung.**

© Amnesty International Deutschland



### PRIVAT VOR STAAT

Amnesty zieht vor Gericht: 2016 hat die deutsche Sektion von Amnesty International eine Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht eingereicht. Der Grund: Das sogenannte G10-Gesetz erlaubt dem Bundesnachrichtendienst (BND) die anlasslose Massenüberwachung von Auslandsgesprächen, E-Mails oder Chats. Amnesty International fordert, dass Überwachung nur zielgerichtet aufgrund eines Verdachtes erfolgen darf, da sie sonst das Menschenrecht auf Privatsphäre verletzt.

Privatsphäre ist die Grundlage dafür, weitere Menschenrechte in Anspruch zu nehmen und sich gesellschaftlich zu engagieren. Wer Angst hat, überwacht zu werden, sagt weniger frei seine Meinung. Amnesty befürchtet, dass unkontrollierte Überwachung auch den Kampf für die Menschen-

rechte gefährdet. Denn wenn ein Opfer von Menschenrechtsverletzungen befürchten muss, dass Geheimdienste heimlich mithören, wendet es sich vielleicht nicht mehr vertrauensvoll an Menschenrechtsorganisationen.

Es ist ein trauriger Trend: Immer mehr Gesetze untergraben die Freiheitsrechte. Immer öfter werden sie ohne ausreichende Debatte in Nacht-und-Nebel-Aktionen verabschiedet. Kritiker\*innen bleibt nur der Gang nach Karlsruhe. Ob es um die Vorratsdatenspeicherung für Kommunikationsdaten aller Menschen in Deutschland geht, um die staatlich eingesetzte Überwachungssoftware („Bundestrojaner“), um erlaubte Massenüberwachung im BND-Gesetz oder eben um das G10-Gesetz: In allen Fällen sind Klagen der Zivilgesellschaft vor dem Bundesverfassungsgericht angekündigt oder anhängig. Diese Entwicklung ist gefährlich, denn die politische Debatte gehört ins Parlament. Der Gang zum Gericht darf nicht zu einem von der Regierung einkalkulierten Standardprozedere werden, frei nach dem Motto: Wir beschließen zuerst Gesetze und lassen sie dann von anderen auf ihre Rechtmäßigkeit prüfen. Denn das zeigt nicht nur mangelnden Respekt vor den Menschenrechten. Es untergräbt auch die Demokratie.

**Lena Rohrbach**, Referentin für Menschenrechte im digitalen Zeitalter bei Amnesty International Deutschland



© Amnesty International Schweiz



### SIE MACHEN AUS DEM STAAT GURKENSALAT

Ausgerechnet aus der Schweiz kommt einer der radikalsten Angriffe auf den europäischen Menschenrechtsschutz, der nach dem Zweiten Weltkrieg errichtet wurde, um Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte zu fördern. Die Schweizer Volkspartei (SVP) verlangt mit ihrer Volksinitiative „Schweizer Recht statt fremde Richter“, dass ein Vorrang des Landesrechts über dem Völkerrecht in der Verfassung verankert wird.

Was harmlos klingen mag, wäre in der Tat fatal. Bei einer Annahme müsste die Schweiz über kurz oder lang aus der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) und dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) austreten, weil sie im Konfliktfall weder die Konvention noch die Urteile des Gerichtshofes anwenden könnte.

Schon heute sendet der Vorstoß ein gefährliches Signal an Staaten wie Russland oder die Türkei, die die Konvention verabscheuen, weil sie häufig für Verletzungen verurteilt werden.

Voraussichtlich in einem Jahr werden die Stimmberechtigten über die Initiative abstimmen. In Zeiten, in denen ein Teil der Bevölkerung die Menschenrechte vor allem als Privileg von Geflüchteten und Kriminellen sieht, in Zeiten der populistischen Bewegungen gegen „Fremde“ und „Eliten“, ist es nicht ausgeschlossen, dass die Initiative gegen „fremde Richter“ eine Mehrheit findet. Die SVP, die stärkste Partei im Land, hat in Abstimmungen über ihre Initiativen – zum Beispiel für ein Minarettverbot – immer wieder knappe Mehrheiten gewonnen.

**“Schweizer Recht statt fremde Richter: Was harmlos klingen mag, wäre in der Tat fatal.**

Nur geht es diesmal nicht um einen problematischen Ein-Thema-Vorstoß, sondern um einen frontalen Angriff auf das Rechtssystem und die Beziehungen der Schweiz zum Ausland. Die Initiative hat nicht nur das Potenzial, den Menschenrechtsschutz in der Schweiz auszuhebeln, sondern auch Politik und Recht nachhaltig durcheinanderzuwirbeln. Der Anarcho-Slogan der 1980er-Jahre ist heute zum Motto der rechtsnationalen Volkspartei geworden: „Macht aus dem Staat Gurkensalat!“

**Patrick Waldner**, Campaigner bei Amnesty International Schweiz





Der UN-Hochkommissar für Menschenrechte lässt keine Zweifel offen: „Es sieht alles aus wie ein Paradebeispiel für ethnische Säuberungen“, sagt Said Raad al-Husseini über die Gewalt im Bundesstaat Rakhine im Westen Myanmars.

**SITUATION VERSCHÄRFT**

Über 530.000 Männer, Frauen und Kinder der Volksgruppe der Rohingya wurden innerhalb weniger Wochen systematisch aus dem Bundesstaat Rakhine vertrieben. Die Situation im Land spitzt sich seit August zu, nachdem die muslimische Gruppe „Arakan Rohingya Salvation Army“ Polizei- und Grenzposten angegriffen hatte. Amnesty International dokumentierte im Bericht „My life is finished“, wie Armee und Polizei systematisch gegen die Rohingya vorgehen. Höchste Zeit, dass die internationale Gemeinschaft endlich Maßnahmen ergreift.

© Andrew Stanbridge/Amnesty International

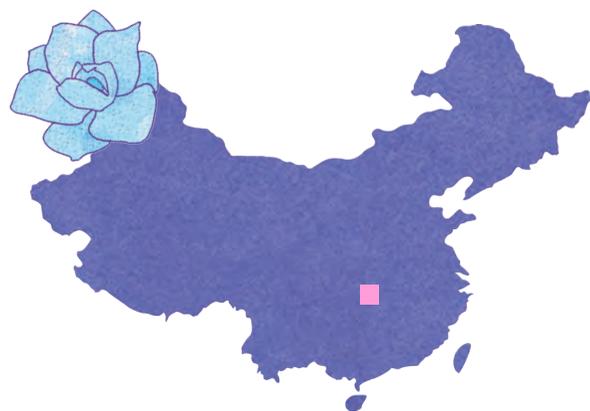


Ihr Mut ist un-  
gebrochen: Seit  
beinahe 20 Jahren  
kämpft die ehe-  
malige Anwältin  
für die Rechte  
der Menschen in  
Peking.  
© Privat



# MIT EISERNEM WILLEN

**Als Anwältin setzte sie sich gegen Zwangsräumungen ein. Dann wurde sie selbst enteignet und auf die Straße gesetzt. Doch Ni Yulan gibt nicht auf.**



Ni Yulan hätte ein völlig anderes Leben führen können. Sie hätte inzwischen für gutes Geld ihre Anwaltskanzlei verkaufen und sich zur Ruhe setzen können. Sie würde wie viele ihrer ehemaligen Kommiliton\*innen ein deutsches Oberklasseauto fahren und eine schicke Wohnung am Pekinger Stadtrand besitzen, vielleicht auch zwei oder drei. Und ein- oder zweimal im Jahr würde sie sich mit ihrer Familie eine Auslandsreise gönnen.

Stattdessen sitzt die heute 57-Jährige im Rollstuhl, muss alle paar Monate ihr Hab und Gut zusammenpacken und sich auf Wohnungssuche begeben. Allein in diesem Jahr wurden sie und ihr gesundheitlich angeschlagener Mann Dong Jiqin schon viermal aus ihrer Unterkunft vertrieben. Im April übernachteten sie 16 Tage im Warteraum einer Pekinger Polizeistation. Nachdem die Polizist\*innen sie rausschmissen hatten, schliefen sie für einige Wochen in einem Park. Nach langem Suchen war ein kleines Gästehaus bereit, sie aufzunehmen. Im August bezogen sie schließlich eine kleine Wohnung im Pekinger Vorort Tongzhou. Doch bereits einen Monat später teilte ihnen der Vermieter mit, dass sie auch dort nicht bleiben könnten. Die Behörden hatten offenbar Druck auf ihn ausgeübt. Seitdem hämmern jeden Tag Unbekannte bis zu einer Stunde



gegen ihre Wohnungstür. Sie wollen Ni und ihren Mann einschüchtern. Das Ehepaar rechnet damit, schon bald wieder obdachlos zu sein.

## STIMME GEGEN UNRECHT

Mehr als eine halbe Million Anwält\*innen gibt es in China. Doch nur einige wenige wagen es, auch politisch sensible Fälle anzunehmen. Diese Fälle sind für Anwält\*innen gefährlich. Weil Politik und Wirtschaft in der Volksrepublik eng miteinander verflochten sind, fühlt sich der chinesische Staat von ihnen regelmäßig herausgefordert, selbst wenn sich die Klage gegen Privatpersonen oder Unternehmen richtet. Entsprechend rabiat gehen die Behörden gegen solche Anwält\*innen vor.

Ni Yulan ließ sich davon jedoch nicht beirren. 18 Jahre arbeitete sie als Rechtsanwältin und nahm Fälle an, die in China als brisant gelten. Darunter fällt das Thema Zwangsräumung. Chinas Wirtschaftsaufschwung, vor allem aber der

ab Ende der neunziger Jahre einsetzende Bauboom, brachte auch viele Verlierer\*innen hervor. Immobilienhaie, Bauunternehmer\*innen und korrupte Beamte\*innen sahen im Abriss alter Häuser und im Bau neuer Hochhäuser ein lukratives Geschäft. Dafür mussten andere, oft alteingesessene Bewohner\*innen weichen – zum Teil mit ruppigen Methoden. Ein Unrecht, wie Ni Yulan und viele Aktivist\*innen fanden. Ni versuchte juristisch dagegen vorzugehen. Das wurde ihr zum Verhängnis.

## UNERMÜDLICHER PROTEST

Als sie im Frühjahr 2002 den Abriss des Hauses eines Mandanten filmte, nahmen lokale Sicherheitskräfte sie das erste Mal fest. In Gewahrsam traten die Beamten so brutal auf ihre Knie ein, dass sie seitdem nicht mehr laufen kann. Die Täter wurden nie zur Rechenschaft gezogen. ▶



Ni Yulan, einer von drei Fällen, für die sich Amnesty International Österreich beim Briefmarathon 2017 starkmacht.  
© Rebecca Hendin

**“Wir sind einfach nur noch Getriebene. Dabei wollten wir doch die Missstände anprangern und die Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen.**

Ni Yulan, Wohnrechtsaktivistin

Ni und ihrem Ehemann hingegen brachte der Vorgang die erste Haftstrafe ein. Sie wurde in das Pekinger Frauengefängnis Tiantanghe gebracht – und verlor nebenbei ihre Anwaltslizenz. Das Ehepaar ließ sich jedoch nicht einschüchtern. Sobald Ni aus dem Gefängnis kam, brachte sie sich erneut ein – nun als Aktivistin.

#### UNRUHESTIFTERIN

Als im Vorfeld der Olympischen Spiele 2008 die Bagger in der ganzen Stadt zu Tausenden anrückten und Zwangsräumungen zur Tagesordnung gehörten, wurden Ni und ihr Mann selbst Opfer der Enteignung. Die Behörden ließen auch ihr Haus abreißen – ohne Entschädigung. Und weil sie auch dagegen Protest einlegte, verurteilte ein Volksgericht sie erneut zu einer zweijährigen Haftstrafe.

Dann kam 2011 der Arabische Frühling: Ni Yulan war gerade einmal seit einem Jahr wieder raus aus dem Gefängnis; in den arabischen Ländern marschierten die Menschen auf den Straßen. Die chinesische Führung befürchtete, die Proteste könnten auch auf China überspringen. Ein entsprechender Aufruf fand sich im Internet. Die Behörden nahmen in dieser Zeit zahlreiche Dissident\*innen fest. Mit jenem anonymen Aufruf im Internet hatte Ni nichts zu tun. Am 7. April 2011 traten Polizist\*innen dennoch ihre Wohnungstür ein und nahmen sie mit. Das Xicheng Volksgericht verurteilte sie ein Jahr darauf wegen „Unruhestiftung“, „Betrug“ und „Zerstörung fremden Eigentums“. Dieses Mal zu zwei Jahren und acht Monaten. Ihr Ehemann Dong erhielt im gleichen Verfahren eine zweijährige Haftstrafe. Sie sei zudem ohne Anwalts-

lizenz juristisch tätig gewesen. Immerhin der Betrugsvorwurf wurde später wieder zurückgezogen, ihre Haft um zwei Monate verkürzt.

#### „WIR SIND NUR NOCH GETRIEBENE“

Ihre Mitstreiter\*innen berichten, dass Ni sich viele Jahre kämpferisch und unerschütterlich zeigte. Sie sei diejenige gewesen, die dazu aufrief, die Hoffnung nicht zu verlieren. Doch die vielen Jahre in Haft und die ständigen Vertreibungen haben Ni müde gemacht. „Wir sind einfach nur noch Getriebene“, sagte sie vor zwei Jahren bei einer Begegnung mit anderen Betroffenen. Das Treffen fand in einem Hutong statt, den traditionellen einstöckigen Pekinger Häusern mit Innenhöfen, von denen es in der chinesischen Hauptstadt nur noch sehr wenige gibt. „Dabei wollten wir doch die Missstände anprangern und die Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen“, sagte sie.

Für ihr Engagement verlieh das US-Außenministerium ihr im März 2016 den „Internationalen Preis für Frauen mit Mut“. An der feierlichen Zeremonie in Washington konnte sie aber nicht teilnehmen. Die chinesischen Behörden stellten ihr keinen Reisepass aus. Stattdessen bezeichnete die chinesische Führung die Verleihung als „Schmutzkampagne gegen China“ und rächte sich auf ihre Weise: Noch in der Nacht der Preisvergabe trat ein Räumtrupp erneut die Tür von Nis damaliger Wohnung ein und warf sie und ihren Mann auf die Straße. Mit Unterstützung von Freunden fanden sie eine neue Bleibe. Dort wurden sie jedoch von Schlägern aufgesucht, die ihren Mann verprügelten. ▶

Oft sind Ni und ihr Mann monatelang obdachlos. Immer wieder vertreiben sie die Behörden aus ihren Unterkünften.  
© Privat



Dabei waren die Hoffnungen groß, als die Kommunistische Partei Xi Jinping 2012 zu ihrem neuen Chef kürte und er damit an die Spitze der Staatsführung aufrückte. Er hatte mehrfach den Rechtsstaat für China versprochen, sogar von Demokratie geredet und seine Genoss\*innen zu mehr Rechtsstaatsbewusstsein aufgerufen. Doch dazu ist es nie gekommen. Im Juli 2015 nahmen Sicherheitskräfte auf einen Schlag mehr als 300 Rechtsanwält\*innen fest, von denen sich einige bis heute in Haft befinden. So wie die meisten von ihnen kann auch Ni seitdem nur noch selten Besuch empfangen – schon gar nicht von Diplomat\*innen oder Journalist\*innen.

„Was Ni Yulan tat, war, ihr Wohnrecht zu verteidigen“, sagt der von Hongkong aus agierende China-Experte von Amnesty International, Patrick Poon. Sie habe versucht, anderen Opfern von Zwangsräumungen zu helfen und die Behörden davon abzuhalten, ihr Haus zu zerstören. Ein „simples Menschenrecht“, das Ni einforderte und wofür sie nun einen hohen Preis zu bezahlen hat. „Bis heute können sie und ihre Familie kein friedliches Leben führen.“

Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty beobachten aufmerksam den weiteren Verlauf.

Und auch mehrere westliche Botschaften, darunter die deutsche und österreichische, versuchen sie und ihre Familie zu unterstützen, bislang ohne Erfolg. Die chinesischen Behörden zeigen sich unerbittlich.

Text von Felix Lee



**Setz dich jetzt für Ni Yulan beim Briefmarathon ein:** Rufe die Behörden in Peking dazu auf, die systematische Schikane und Bedrohung zu beenden. Wie das geht? Erfahre mehr auf Seite 19. © Rebecca Hendin

## So funktioniert der Briefmarathon

© Rebecca Hendin



Startschuss ist am 4. Dezember 2017: In mehr als 200 Ländern nehmen Unterstützer\*innen beim Briefmarathon teil.

Bis zum 18. Dezember schreiben sie Millionen Briefe, E-Mails und unterzeichnen Petitionen. So zeigen sie Unrecht auf ...

... und solidarisieren sich mit Menschen, die gefoltert wurden oder unrechtmäßig in Haft sind.

Was das bringt? Dadurch üben wir gemeinsam Druck auf Regierungen und auf Verantwortliche aus ...

... und unterstützen und solidarisieren uns mit denen, die von Menschenrechtsverletzungen betroffen sind.

Damit tragen wir dazu bei, dass Menschen freigelassen oder missbräuchliche Gesetze bekämpft werden.

## Deine Worte verändern Leben

### Phyoe Phyoe Aung

saß über ein Jahr im Gefängnis, weil sie einen friedlichen Protestmarsch von Studierenden in Myanmar organisiert hatte. Im April 2016 wurde sie entlassen.

### Erkin Musaev

kam im August 2017 nach mehr als zehn Jahren in unrechtmäßiger Haft frei. Er wurde von den usbekischen Behörden gefoltert und erlitt dadurch ein Schädel-Hirn-Trauma.

### Moses Akatugba

wurde als 16-Jähriger von der nigerianischen Armee festgenommen und gefoltert. Nach drei Jahren in der Todeszelle wurde er schließlich begnadigt.

“Eure Briefe sind große Geschenke und Kraftspender.

“Meine Freilassung ist ein großer Erfolg – dank euch.

“Ich bin überwältigt. Danke für die große Unterstützung.



Egal, ob du einen Brief schreibst, einen Tweet versendest oder eine Petition unterzeichnest. Deine Worte können dazu beitragen, das Leben von Menschen zu verändern.

Weitere Informationen

[briefmarathon.at](http://briefmarathon.at)

# Mehr als ein Blatt Papier

Warum Briefe so wichtig für unsere Arbeit sind.



© Sophie Matysek

Stell dir vor, du sitzt im Gefängnis. Abgeschottet von der Außenwelt. Du hast Angst. Doch dann bekommst du einen Brief von einem fremden Menschen, der sich für dich einsetzt. Plötzlich merkst du: Du bist nicht alleine. Immer wieder hören wir von ehemaligen Gewissensgefangenen, dass alleine die Tatsache, dass sie aus der ganzen Welt Post ins Gefängnis bekommen haben, wie ein unsichtbarer Schutzschild für sie war. Briefe sind ein mächtiges Instrument in der Menschenrechtsarbeit. Die Erfolge des Briefmarathons bestätigen es uns jedes Jahr. Der 16-jährige Moses Akatugba zum Beispiel wurde aus der Todeszelle in Nigeria entlassen, nachdem Millionen von Menschen Briefe an die Verantwortlichen geschrieben hatten. Moses' Fall ist nur einer von vielen: Briefe sind mächtig. Sie zeigen nicht nur Unrecht auf – sie geben Hoffnung und schützen Menschen, die in Gefahr sind. Jeder einzelne von ihnen kann Leben verändern.

Stephanie Geier plant und gestaltet seit 2013 den Briefmarathon bei Amnesty International Österreich.

## 1.12.

### MENSCHENRECHTE IN GEFAHR

Workshop: Herausforderungen in der Arbeit von Menschenrechtsverteidiger\*innen

## 10.12.

### TAG DER MENSCHENRECHTE

Jahrestag I: Weltweit feiern wir die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte.

## 18.12.

### TAG DER MIGRANT\*INNEN

Jahrestag II: Unterzeichnung der Konvention zum Schutz der Rechte aller Migrant\*innen.

## 20.12.

### NETZWERK FLUCHT UND MIGRATION

Gruppentreffen ab 18:30 in Wien. Engagierte Menschen sind immer willkommen!

## 27.1.18

### MENSCHENRECHTE FÜR ALLE 1

Academy-Einführungskurs: Menschenrechte und Menschenrechtsschutz.

## 28.1.18

### MENSCHENRECHTE FÜR ALLE 2

Academy-Vertiefungskurs: Menschenrechte und Menschenrechtsschutz.

Mehr Veranstaltungen und aktuelle Termine unter

[amnesty.at/veranstaltungen](https://www.amnesty.at/veranstaltungen)

## 20.-22.4.

### MITGLIEDERVERSAMMLUNG 2018

JUFA Hotel Wien City, Mautner-Markhof-Gasse 50

Die Mitgliederversammlung 2018 in Wien mag zwar noch ein paar Monate in der Zukunft liegen. Das Datum solltest du dir dennoch schon jetzt dick im Kalender anstreichen: Denn diesmal erwarten wir **Salil Shetty** als Gastredner. Seit 2010 ist Shetty internationaler Generalsekretär von Amnesty International, davor war er Direktor der United Nations Millennium Campaign; seit Jahrzehnten setzt er sich gegen Armut und für die Menschenrechte ein. Bei der kommenden Mitgliederversammlung wird Shetty seine Erfahrungen als Menschenrechtsverteidiger und seine Vision für Amnesty International mit uns teilen.

Außerdem gibt es wieder ein abwechslungsreiches Programm aus Workshops, inspirierenden Vorträgen sowie Austausch mit Gleichgesinnten – und nicht zuletzt die Möglichkeit, Amnesty International mitzugestalten.

Weitere Informationen gibt es ab Mitte Februar 2018 auf unserer Webseite oder per Telefon 01/78008.

[amnesty.at](https://www.amnesty.at)



### ZEHN DINGE, DIE DU ÜBER DEN BRIEFMARATHON VIELLEICHT NICHT GEWUSST HAST

Wusstest du, dass ...

... der Briefmarathon 2001 in Polen erstmals stattfand und heute das größte Menschenrechtsevent der Welt ist?

... der Briefmarathon 2016 alle Rekorde gebrochen hat? Insgesamt wurden 4.660.774 Appellbriefe, E-Mails, Tweets und Postkarten verschickt – so viele wie noch nie in der Geschichte des Briefmarathons!

... wenn alle Briefe und Postkarten, die letztes Jahr verschickt wurden, in einer Kette aufgereiht werden, die Kette von Wien bis nach Paris reichen würde?

... die 25.000 Menschen, die letztes Jahr in Österreich mitgemacht haben, das Allianz Stadion in Wien füllen würden?

... 2016 mehr als 4.000 Schüler\*innen aus über 200 Schulklassen in ganz Österreich gemeinsam Briefe geschrieben haben?

... wir uns seit 2012 beim Briefmarathon in Österreich für 18 Wissensgefangene eingesetzt haben und davon jetzt elf wieder in Freiheit sind?

... man durchschnittlich fünf Minuten Zeit braucht, um einen kurzen Brief zu schreiben? Rechnet man alle Minuten zusammen, die Menschen damit verbracht haben, Briefe für den Briefmarathon 2016 zu schreiben, sind das 44 Jahre. Das entspricht der Lebenszeit einer Schildkröte!

... internationale und nationale Stars den Briefmarathon unterstützen, wie zum Beispiel der chinesische Künstler Ai Weiwei oder der österreichische Datenschutzaktivist Max Schrems?

... dein Einsatz beim Briefmarathon einen Unterschied im Leben eines Menschen macht?

... jeder der Solidaritäts-Briefe den Menschen, an die sie gerichtet sind, ein Lächeln schenkt?

[briefmarathon.at](https://www.briefmarathon.at)



# AMNESTY ACADEMY

**Menschen.Rechte.Bildung**

Kursprogramm 2018

[www.academy.amnesty.at](http://www.academy.amnesty.at)



**KURS AUF MENSCHENRECHTE.  
WIR BILDEN DIE ZIVILGESELLSCHAFT.**

Zivilcourage lässt sich lernen. In der Amnesty Academy.  
Workshops, Diskussionen und Lehrgänge unter [www.academy.amnesty.at](http://www.academy.amnesty.at)

**AMNESTY  
INTERNATIONAL**



**ACADEMY**